

MURANYI Erika

From: Anton Tropper <[REDACTED]>
Sent: 30 October 2014 10:07
To: Consultation-OI-10-2014
Subject: [EOWEB] Transparency/TTIP
Attachments: Letter to Mrs O'Reilly_DE.pdf; PC_Munich_DE.pdf

Categories: To be registered according to Rosita; submitted to AR on 31.10.2014

Absender

Absender Anton Tropper <[REDACTED]>

An Public consultation OI/10/2014

Datum Thursday, October 30, 2014 10:07:07 AM CET

Ihre Daten

Teil 1 - Kontakt-Informationen

Vorname

Anton

Nachname

Tropper

Ihr Geschlecht

Männlich

E-Mail-Adresse

[REDACTED]

Sprache, in der Sie gerne eine Antwort erhalten würden

en - English

Eine andere Sprache, in der Sie eine Antwort akzeptieren würden de - Deutsch

Teil 2 - Daten

An Public consultation OI/10/2014

Thema Transparency/TTIP

To whom it may concern,

hereby I send you the contribution of the City of Munich to the PC to TTIP.

Inhalt Attached you will find a personal letter to Mrs. O'Reilly from Munich's Mayor Josef Schmid as well as the answers to the questions posed in the public consultation (both in German).

If you have any questions please don't hesitate to contact me.

Kind regards from Munich,
Anton Tropper



Josef Schmid
Bürgermeister

European Ombudsman (Europäische
Bürgerbeauftragte),
1 avenue du Président Robert Schuman,
CS 30403,
F - 67001 Straßburg Cedex
Frankreich

27.10.2014

Sehr geehrte Fr. O'Reilly,

ich bedanke mich für Ihre Initiative für die im Juli 2014 eröffnete Untersuchung gegen die Europäische Kommission zur Transparenz und Beteiligung der Öffentlichkeit in Verbindung mit den TTIP-Verhandlungen (OI/10/2014/RA).

Wie Sie mit Sicherheit wissen, findet in Deutschland eine facettenreiche Debatte zu den TTIP-Verhandlungen statt. Die lokalen Gebietskörperschaften befürchten vor allem eine Liberalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Es ist ein großes Anliegen der kommunalen Ebene, dass der Bereich der Daseinsvorsorge als wichtiges Element eines bürgernahen Europas, dem die EU und die Mitgliedstaaten gleichfalls verpflichtet sind, in den Verhandlungen nicht angetastet wird.

Es ist festzustellen, dass vor allem auf Grund der intransparenten Verhandlungsführung keine angemessene öffentliche Debatte darüber stattfinden kann. Daher erscheint es dringend erforderlich, dass die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen mit der Zielsetzung geführt werden, die breite Öffentlichkeit und alle Politikebenen, also auch die Kommunen, einzubinden.

Die Landeshauptstadt München hat im Laufe des vergangenen Jahres zahlreiche Initiativen ergriffen, die zur Wahrung kommunaler Interessen in der TTIP beitragen. Ich begrüße Ihre Initiative der Öffentlichen Konsultation sehr und sehe die Beteiligung der Landeshauptstadt München als selbstverständlich an.

Mit freundlichen Grüßen

Josef Schmid



Landeshauptstadt
München
**Referat für Arbeit
und Wirtschaft**
Europa

Öffentliche Konsultation der Europäischen Bürgerbeauftragten zur Transparenz der Verhandlungen über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)

Beitrag der Landeshauptstadt München

Anton Tropper
Datum: 27.10.2014
Telefon: 233-26989
Telefax: 233-22734


1. Bitte teilen Sie uns mit, welche konkreten Maßnahmen die Kommission Ihrer Ansicht nach ergreifen könnte, um die TTIP-Verhandlungen transparenter zu machen. Wo sehen Sie insbesondere Raum für Verbesserungen?

Die Landeshauptstadt München begrüßt den Beschluss des Rats der EU vom 9. Oktober 2014, das Verhandlungsmandat zur TTIP zu veröffentlichen. Die Veröffentlichung des Mandatstextes stärkt die Transparenz der Verhandlungen. Zudem ist der Ansatz der Europäischen Kommission, die bisherige Informationspolitik zu lockern und sogenannte Interessenträger regelmäßig über den Fortgang der Verhandlungen zu informieren, ein Schritt in die richtige Richtung.

Es erscheint wünschenswert, dass seitens der Europäischen Kommission regelmäßig Dialogveranstaltungen durchzuführen. In einem umfassenden Governance-Ansatz sind neben den lokalen Gebietskörperschaften auch Nichtregierungsorganisationen, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften einzubinden, um über den Verlauf der Verhandlungen informiert zu werden.

Nicht zuletzt fordert die Landeshauptstadt München vor allem in Bereichen von öffentlichem Interesse (insbesondere Bereiche der Daseinsvorsorge) eine erhöhte Transparenz, um den Sorgen der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden. Dabei sind die Ergebnisse einer laufenden, umfassenden Folgenabschätzung unter Beteiligung der lokalen Gebietskörperschaften unbedingt zu berücksichtigen. Die Ergebnisse der einzelnen Verhandlungsrunden, sowie die Verhandlungsdokumente sollten zeitnah kommuniziert werden und ebenso einer fortlaufenden Folgenabschätzung (Impact Assessment) unterzogen werden.

2. Bitte nennen Sie Beispiele für bewährte Vorgehensweisen, denen Sie in diesem Bereich begegnet sind und die Ihrer Ansicht nach in der gesamten Kommission angewendet werden könnten.

Trotz der Notwendigkeit, eine Balance zwischen der für die Verhandlungsparteien erforderlichen Vertraulichkeit der Verhandlungen und der übergreifenden Notwendigkeit von größerer Transparenz zu finden, gilt es sicherzustellen, dass die Verhandlungen von einem breit angelegten Konsultations- und Beratungsprozess während und nach Abschluss der Verhandlungen begleitet werden. Diesbezüglich erscheint der erfolgte Ansatz der Öffentlichen Konsultation bezüglich der Investitionsschutzklausel begrüßenswert. Es besteht jedoch auch die dringende Notwendigkeit, diese Methode in anderen Verhandlungsfeldern anzuwenden, um die Einbringung der vielfältigen Interessen zu ermöglichen. Hierbei ist nicht nur die Zivilgesellschaft stärker einzubinden, sondern im Sinne eines Multi-Level-Governance Ansatzes auch die lokalen Gebietskörperschaften.

Vor dem Hintergrund der Betroffenheit durch den Ausgang der Verhandlungen, muss der Bedeutung der Kommunen Rechnung getragen werden. Eine Einbeziehung der kommunalen Ebene kann beispielsweise über das europäische Städtenetzwerk EUROCITIES geschehen sowie durch Einbindung nationaler Städteverbände bzw. kommunaler Spitzenverbände (bspw. der Deutsche Städtetag in Deutschland) in Stakeholder-Meetings und dergleichen.

3. Bitte erläutern Sie, wie sich Ihrer Ansicht nach größere Transparenz auf das Ergebnis der Verhandlungen auswirken könnte.

Die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) müssen mit der Zielsetzung geführt werden, die breite Öffentlichkeit und alle Politikebenen einzubinden. Denn Geheimhaltungsvorschriften und Intransparenz dürfen eine angemessene öffentliche Debatte nicht verhindern. Eine Auswirkung größerer Transparenz in den Verhandlungen, würde eine breite, und vor allem faktenbasierte öffentliche Debatte ermöglichen. Letzten Endes müssen die guten Gründe für das Freihandelsabkommen überwiegen, nicht nur für Unternehmen, sondern auch für die Bürgerinnen und Bürger.

Oktober 2014